WP-01-K3-1200

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 1199 bis 1203:
Rüstungsmarkt und eine restriktive gemeinsame Exportpolitik sind zwei Seiten einer Medaille. ~~Wir wollen klare, transparente und an Menschenrechten, unseren Werten und Sicherheitsinteressen orientierte Kriterien für Rüstungsexporte auf nationaler und europäischer Ebene gesetzlich verankern – mit vorangehenden Risikoanalysen, einklagbaren Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen.~~

Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen und menschenrechtsverachtende Regime verbieten sich. Für die Reduktion von europäischen Rüstungsexporten wollen wir eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer Staaten müssen an die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien geknüpft werden. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen, ein Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben. Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren und private Militärfirmen verbieten.

Begründung

Der Absatz stammt aus unserem Bundestagswahlprogramm 2021, vgl. S. 250: https://cms.gruene.de/uploads/assets/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf

Nur die Nennung von Kriegsgebieten im ersten Satz wurde gestrichen, da diese Position bekanntlich seit dem Ukraine-Krieg nicht mehr aktuell ist.

Da der alte Absatz weitergehender als die neue Formulierung ist und das Rüstungsexportkontrollgesetz explizit erwähnt wird, wäre eine Übernahme des alten Absatzes sinnvoll, um Klarheit bei unserer Positionierung zu schaffen.

weitere Antragsteller*innen

Ocean Renner (KV Nordfriesland); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Till Eichler (KV Bamberg-Stadt); Malte Spielmann (KV Berlin-Neukölln); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Esther Breffka (KV Berlin-Pankow); Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land); Esther Frey (KV Coburg-Land); Cim Kartal (KV Bielefeld); Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Bernhard Schüßler (KV München-Land); Jörg Friedrich

(KV Odenwald); Isabella Emilia Sophia Mc Nicol (KV Wetterau); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.